

---

# EUROPA.VIELFALT! ZUSAMMENHALT?

---

POSITIONEN DEUTSCHER PARTEIEN ZUR  
EUROPAWAHL 2019  
IM BEREICH MIGRATION, ASYL UND VIELFÄLTIGE  
GESELLSCHAFT

Kurzfassung

Eine Analyse von Clara Hofmann

## Vorwort

Die Themen Migration, Flucht und Asyl haben in den letzten Jahren die Europäische Union und den Zusammenhalt der Mitgliedsstaaten in eine tiefe Krise gesteckt. Die Vision des gemeinsamen „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ schien wie nie zuvor in weite Ferne gerückt. In den europäischen Gesellschaften wurden die Themen je nach politischen Konstellationen mal mehr und mal weniger heftig diskutiert. Vor allem rechtspopulistische Parteien haben die Kontroversen und Unsicherheiten angeheizt und versucht, für sich den größtmöglichen politischen Nutzen zu ziehen.

Ungeachtet der hitzigen Debatten haben Deutschland, Niederlande, Schweden und andere europäische Gesellschaften eine große Bereitschaft zur Aufnahme von Schutzsuchenden gezeigt. In den Jahren 2015-2017 hat Deutschland allein über 1,5 Millionen Menschen aufgenommen, die aus Kriegs- und Krisengebieten kamen. Diese humanitäre Geste war allerdings auch von Auseinandersetzungen und vielerorts rassistischen und flüchtlingsfeindlichen Anschlägen begleitet. Allein in den Jahren 2016-2018 gab es über 7.200 Anschläge auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte.

Auf der europäischen Ebene fällt es vielen politischen Verantwortlichen immer noch schwer, Regelungskompetenzen zugunsten einer europäischen Migrations- und Asylpolitik zu akzeptieren. Während bei der Sicherung der Außengrenzen und „Bekämpfung von Fluchtursachen“ eine schnelle Einigung vorausgesagt werden kann, fällt der Zusammenhalt des europäischen Staatenbundes sofort auseinander, wenn es um Lastenteilung und Gewährung von Mindeststandards bei der Aufnahme von Geflüchteten geht. Weitere kontroverse Themen bleiben die Einwanderungspolitik und die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus in der Gesellschaft.

Laut dem ARD-Europa Trend hält die Mehrheit der Deutschen (63 Prozent) die Politik in Europa für besonders wichtig. Ein Viertel der Befragten nennt die Zuwanderung für eins der wichtigsten Themen für Wahlentscheidung. Überschattet wird die Europawahl von einem guten Abschneiden europakritischer und rechter Parteien.

In der vorliegenden Analyse beleuchtet Clara Hofmann die Wahlprogramme relevanter deutscher politischer Parteien zu den Themen Migration, Asyl und sozialer Zusammenhalt. Offensichtlich ist, dass alle hier untersuchten deutschen politischen Parteien, sich zu diesem komplexen Politikfeld positionieren – wenn auch aus verschiedenen Blickwinkeln. Die Analyse zeigt deutlich die Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten, zwischen den verschiedenen politischen Parteien in der Akzentuierung ihrer Positionen.

Dr. D. Deniz Nergiz  
Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat

## Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung: Was wir wollen - Ein Europa in Vielfalt, ein Europa des Zusammenhalts .....	4
II.	Quo vadis, Europa? Framing und Schwerpunktsetzung in den EU-Wahlprogrammen.....	6
III.	Vielfalt?! Parteipolitische Perspektiven auf europäische Identität, Werte und Kultur(en).....	7
A.	Europa: Idee oder Identität- Von europäischen Grundrechten und Grundwerten .....	7
B.	Von Kultur, Religion und Einheit in Vielfalt: Parteipolitische Narrative der Zugehörigkeiten .....	8
IV.	Gleiche Rechte leben: Antidiskriminierung und Teilhabe.....	9
A.	Antidiskriminierungspolitik in der gesellschaftspolitischen und digitalen Sphäre .....	9
B.	Demokratisierung der Demokratie: Politische Teilhabe, Kommunen und die Rolle der Zivilgesellschaft stärken .....	10
C.	Für Empowerment – Gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit .....	11
V.	(Gemeinsam) Migrationspolitisch gestalten?.....	12
A.	Europa als Einwanderungskontinent und Ort grenzüberschreitenden Arbeitens .....	12
B.	Chancen einer sozialen Zuwanderung: Arbeitnehmer*innenrechte stärken? .....	13
VI.	Europas Asylpolitik reformieren .....	14
A.	Gemeinsame Schutzpflicht oder Sicherheit durch Grenzschutz?.....	14
B.	Bleibe- und Rückkehrperspektiven: Komplementäre Schutzprogramme und Flüchtlingsmanagement .....	15
C.	Entwicklungszusammenarbeit als „Fluchtursachenbekämpfung“ bzw. Fluchtmanagement .....	16
VII.	Literatur: Die Wahlprogramme zum Nachlesen .....	17
VIII.	Impressum .....	18

# I. Einleitung: Was wir wollen - Ein Europa in Vielfalt, ein Europa des Zusammenhalts

Die Europawahl 2019 steht im Zeichen der demokratischen Weiterentwicklung des supranationalen Staatenverbunds - denn vor genau 40 Jahren wurde das Europaparlament zum ersten Mal direkt von den Unionsbürger\*innen<sup>1</sup> gewählt. Diese historische Bedeutsamkeit ist Zeugnis voranschreitender europäischer Integration und gibt der Frage, welche Zukunft wir uns für Europa und seine politische Gestaltung im Rahmen der Europäischen Union wünschen, Nachdruck und Gewicht.

In den letzten Jahren hat sich viel in Europa bewegt: Die anhaltenden Nachwirkungen der europäischen Finanzkrise, die Debatte um Europas Umgang mit der humanitären Schutzpflicht, der wachsende Einfluss von rechtspopulistischen und europaskeptischen Parteien in den Mitgliedstaaten sowie die Verhandlungen in Folge des BREXIT-Votums sind nur einige der einschneidenden Entwicklungen, die die Bedeutung dieser Wahl für die Zukunft der europäischen Idee flankieren.

Besonders das Erstarken rechtspopulistischer Parteien hat die Diskurse, in denen diese Fragen verhandelt werden, inhaltlich verschoben: Wertvolle europäische Errungenschaften und Grundpfeiler der europäischen Wertegemeinschaft wie unser Demokratieverständnis, die Achtung der Menschenrechte, die Offenheit gegenüber Schwachen und Schutzbedürftigen und das Recht auf Gleichbehandlung werden von diesen Parteien zunehmend in Frage gestellt oder gar aktiv angegriffen. Die Debatte über die Gestaltung Europas als Einwanderungskontinent und Zufluchtsort für schutzsuchende Menschen wird zunehmend als sicherheitspolitische Frage verhandelt. Das Leben der Grundwerte, die praktische Durchsetzung der Grundrechte sowie teilhabepolitische Aspekte einer vielfältigen Gesellschaft werden dabei oft ausgeblendet oder nach ganz unten auf die politische Agenda gestellt.

Die Komplexität dieser Herausforderungen fordert europäische Lösungen, die die EU zukunfts- und handlungsfähig werden lassen und allen Menschen, die hier leben oder leben wollen, ein gleichberechtigtes Zusammenleben in Vielfalt ermöglichen.

Die politischen Parteien im Europaparlament sind dabei tragende Gestaltungskräfte in der Bewältigung politischer Problemstellungen und in der Deutung grundlegender Fragen, die für ein in Vielfalt geeintes Europa richtungsweisend sind:

- Wie kann Zusammenhalt und Zusammenleben in Vielfalt aktiv gestaltet und befördert werden?
- Wie können wir europäische Werte der Freiheit und Gleichheit leben?
- Wie sieht eine positive Gesellschaftsvision für ein Europa der Zukunft aus?

Welche Politikvorschläge sich die bei der Wahl antretenden Parteien im Bereich Migration, Asyl, Teilhabe und vielfältige Gesellschaft formulieren, hat nicht nur konkrete Auswirkungen auf die Lebensrealität der Gesamtgesellschaft und insbesondere auf von Diskriminierung betroffene Personengruppen, sondern spiegelt auch den Stand unserer Demokratien und des gesellschaftlichen Zusammenhalts wider.

---

<sup>1</sup> Durch die Verwendung gendergerechter Sprache („Gendersternchen“) möchten wir Personen jeglicher Geschlechtsidentität berücksichtigen.

Wir haben daher die sieben deutschen Parteien, die sowohl im Europaparlament als auch im Bundestag vertreten sind, unter die Lupe genommen: Die sechs<sup>2</sup> Wahlprogramme zur Europawahl 2019 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), von Bündnis 90/Die Grünen (im Folgenden auch: „die Grünen“), der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU), der Freien Demokratischen Partei (FDP, im Folgenden auch: „Freie Demokraten“), der Linken (im Folgenden auch: DIE LINKE oder Linkspartei) und der Alternative für Deutschland (AfD) bilden die Grundlage der Analyse. Insgesamt treten in Deutschland sogar 41 Parteien zur Europawahl an, weitere Kleinparteien werden in der Analyse aber nicht berücksichtigt<sup>3</sup>.

In sechs Kapitel unterteilt, widmet sich die Analyse der Frage, wie sich die Positionen der Parteien in den Themenfeldern Antidiskriminierung, Teilhabe, Migration und Asyl unterscheiden, überschneiden und welche Schwerpunkte auf diese Bereiche gesetzt werden bzw. Leerstellen darin bestehen.

**Kapitel 1** führt in die Europaverständnisse der Parteien ein, denn ihre Einstellung zu der Rolle der EU bei der Bewältigung politischer Herausforderungen steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entwicklung von Politikvorschlägen für ein in Vielfalt geeintes Europa.

In **Kapitel 2** werden Verknüpfungen, die die Parteien zwischen Grundrechten, Grundwerten als identitätsstiftende Elemente herstellen, aufgezeigt. Es wird außerdem diskutiert, wie die Parteien unterschiedliche Bewertungen und Deutungsmuster zur kulturellen Vielfalt in Europa mit Zugehörigkeitsdiskursen verflechten.

Mit den Grundrechten zusammenhängend, diskutiert **Kapitel 3** wie die Parteien das Gleichheitsgebot durch ihre Antidiskriminierungspolitik, Stärkung politischer Teilhabe und Formulierung konkreter Empowerment-Strategien ausgestalten wollen.

Politische Herleitungen aus der Tatsache, dass Europa ein Einwanderungskontinent und Ort grenzüberschreitenden Arbeitens ist, werden in **Kapitel 4** behandelt: Die migrationspolitischen Gestaltungsvorhaben auf EU-Ebene sowie die sozialen Aspekte von Zuwanderungspolitik stehen im Mittelpunkt.

Das letzte, **fünfte Kapitel** beleuchtet, wie die Parteien das Gemeinsame Europäische Asylsystem reformieren wollen. Außerdem wird auf die Entwicklung von Bleibe- und Rückkehrperspektiven für Schutzsuchende eingegangen und ein Einblick in die Vorschläge zur „Fluchtursachenbekämpfung“ gegeben.

Diese Auswahl an Themenfeldern hat keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit: Natürlich beinhalten andere Politikbereiche, wie etwa die Umweltpolitik oder Gesundheitspolitik, genauso Zukunftsfragen Europas und schaffen Bedingungen für unser Zusammenleben. Um einen scharfen analytischen Blick sowie eine detailreiche Abhandlung des ausgewählten Themenbereichs zu gewährleisten, haben wir auf die Analyse anderer Politikbereiche verzichtet. Darüber hinaus sind die behandelten Themenfelder eng miteinander verzahnt – Überlappungen und Wiederholungen sind daher möglich.

Wir wünschen uns, dass Europa auch nach der Wahl ein Ort des solidarischen Zusammenlebens bleibt! Vergessen Sie nicht, ein Kreuz für die Demokratie zu setzen!

Viel Spaß bei der Lektüre<sup>4</sup>.

---

<sup>2</sup> Die CDU und CSU haben ein gemeinsames Wahlprogramm als Union veröffentlicht.

<sup>3</sup> Eine Übersicht zu den Grundaussagen aller antretenden Parteien finden Sie hier: <https://www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl-2019/>

<sup>4</sup> Dieses Policy Brief fasst unsere Analyse zusammen. Die lange und detailreiche Fassung finden Sie hier: <https://www.bzi-bundesintegrationsrat.de/>

## II. Quo vadis, Europa? Framing und Schwerpunktsetzung in den EU-Wahlprogrammen

### Auf einen Blick<sup>5</sup>

Die Einstellungen der Parteien zu der Rolle der EU bei der Bewältigung politischer Herausforderungen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entwicklung von Politikvorschlägen für ein in Vielfalt geeintes Europa. In den Titeln und Präambeln der Wahlprogramme zeigt sich folgendes:

#### A. Namen sind nicht nur Schall und Rauch

Die **Union**, die **SPD**, die **FDP** und die **Grünen** wählen proeuropäische Titel, die auf die Errungenschaften oder das Potential der EU verweisen. Die **Linke** weist im Wahlprogrammtitel auf ein solidarisches Europa als einzigen Zukunftsweg der EU hin. Das Wahlprogramm der **AfD** hat einen neutralen Titel: „*Europa-wahlprogramm*“.

#### B. Europaverständnisse in den Präambeln

Die **Grünen**, die **FDP**, die **Union** und die **SPD** beschreiben die EU als Garant für Grundrechte und weisen auf politische Herausforderungen hin, die gesamteuropäisch angegangen werden müssen. Die **Linke** sieht die aktuellen EU-Verträge als dafür nicht geeignet, ein gerechtes und demokratisches Europa zu schaffen, das Grundrechte für alle garantiert und fordert eine Erneuerung der EU für „*ein soziales Europa*“. Für die **AfD** ist die EU ein „*bürgerferner Kunststaat*“, der nicht funktionieren kann, da ihr eine gemeinsame kulturelle Grundlage im Sinne eines Staatsvolkes fehlt.

#### C. Was Europa zusammenhält und bewegt

Alle Parteien zeichnen ein Bild der EU am Scheideweg - aus verschiedenen Gründen. Die **SPD**, die **Grünen** und die **Linke** sehen rechtspopulistische, nationalistische, demokratiefeindliche und europafeindliche Kräfte als größte Gefahr für die Zukunft Europas. Die **FDP** und die **Union** sehen das Aufbegehren von linken und rechten Populist\*innen als Angriff auf europäische Werte und Politik. Die **AfD** sieht die EU in ihrer aktuellen Fassung als Widerspruch zu ihrer Gründungsidee und zum Scheitern verurteilt. Was Europa zusammenhält und bewegt, wird lediglich in den Präambeln der Union und der FDP nicht im Lichte der Themen der Migration und Asyl diskutiert. Die **Linke** kritisiert die aktuelle Praxis europäischer Asyl- und Grenzschutzpolitik am schärfsten. **Grüne** und **SPD** bekennen sich zu einer solidarischen gesamteuropäischen Asylpolitik. Die **AfD** attestiert der EU ein komplettes Scheitern in der „*Migrationskrise*“.

<sup>5</sup> Die genauen Quellennachweise zu den Übersichten „Auf einen Blick“ finden Sie jeweils in der detaillierten Ausführung im Anschluss.

### III. Vielfalt?! Parteipolitische Perspektiven auf europäische Identität, Werte und Kultur(en)

#### A. Europa: Idee oder Identität- Von europäischen Grundrechten und Grundwerten

##### Auf einen Blick

Auf europäischer und EU-Ebene gibt es verschiedene Rechtstexte, die Grundrechte festschreiben. Diese Werte prägen europäische Selbstverständnisse – und damit auch die Selbstverständnisse der Parteien und die Politikvorschläge, die sie daraus herleiten.

Für die **Union** ist die „*gemeinsame europäische, abendländische Kultur*“, die auf „*dem christlichen Menschenbild*“ sowie dem Einfluss der „*Aufklärung und [des] Humanismus*“ basiere, die primäre Grundlage europäischer Werte. Die Wertegemeinschaft werde durch die kulturelle Vielfalt Europas stark gemacht und zeichne sich durch „*ein tief verwurzeltes Verständnis von Toleranz*“ aus. Grundrechtsverletzungen in Mitgliedsstaaten möchte die Union durch einen „*unabhängigen Expertenrat*“ regelmäßig überprüfen lassen und bei Verurteilung durch den EuGH Sanktionen veranlassen.

Die **AfD** stellt ähnliche Bezüge europäischen Kulturerbes her, nämlich die „*griechisch-römische[n] Antike, [das] Juden- und Christentum, d[ie] Aufklärung und d[ie] Menschenrechte[n]*“, um definitorische Grundwerte Europas zu identifizieren. Diese Wertedefinition ist vor allem eine Abgrenzungsgrundlage zu ‚dem Islam‘. Die AfD manifestiert, dass sich Grundrechte „*als Herzstück der Demokratie*“ trotz gemeinsamer, europäischer Wertegrundlage nur im Nationalstaat gewährleisten und leben lassen.

Die **SPD** sieht in der EU die Chance, demokratische Prinzipien und Grundrechte konsequenter durchzusetzen und fordert, dass demokratische und freiheitsrechtliche Errungenschaften insbesondere gegenüber den EU-Mitgliedsstaaten verteidigt werden. Bei Grundrechtsverletzungen soll die EU durch finanzielle Mittelkürzung sanktionieren können.

Für die **FDP** gibt es in Europa ein „*gemeinsames Bewusstsein für fundamentale Menschen- und Freiheitsrechte*“, die verteidigt werden müssen. Sie fordert den EU-Beitritt zur Menschenrechtskonvention (EMRK) und möchte Bürger\*innenrechte „*in einem neuen Entwurf einer Europäischen Verfassung an exponierter Stelle als Grundrecht*“ verankern. Darüber hinaus plädiert die FDP für eine Stärkung des Mandats der europäischen Grundrechteagentur mit Einsatz „*wirksame[r] Sanktionsmechanismen*“.

**Bündnis 90/ Die Grünen** möchten noch bestehende, grundrechtliche Schutzlücken schließen – z.B. in der digitalen Sphäre. Menschenrechtsverletzungen in den Mitgliedsstaaten sollen durch ein „*unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert\*innen*“ regelmäßig überprüft werden. Die Grünen möchten die Grundrechteagentur in ihrer Ausstattung und ihrem Mandat stärken.

Die **Linke** möchte „*Grundrechte verteidigen und weiterentwickeln*“, insbesondere die sozialen Grundrechte. Grundrechtsverletzungen sollen „*von einzelnen Personen auch beim Europäischen Gerichtshof einklagbar sein*“. Sie fordert den EU-Beitritt zur EMRK. Eine regelmäßige Prüfung von Verstößen gegen demokratisch-rechtsstaatliche und grundrechtliche Standards soll mit nicht näher definierten Sanktionsmöglichkeiten vorgenommen werden.

## B. Von Kultur, Religion und Einheit in Vielfalt: Parteipolitische Narrative der Zugehörigkeiten

### Auf einen Blick

Alle Parteien stellen in unterschiedlichem Ausmaß eine Verbindung zwischen kulturellen Eigenschaften Europas und europäischen Werten her. Gleichzeitig präsentieren sie unterschiedliche Bewertungen und Deutungsmuster zur kulturellen Vielfalt in Europa und knüpfen diese an Zugehörigkeitsdiskurse entlang verschiedener Kategorien wie der Religion oder der Zugehörigkeit zu einer Minderheit.

Die **FDP** plädiert für „*Einheit in Vielfalt*“: Die Wahrung kultureller Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten sei für die Weiterentwicklung europäischer Politik zentral. Gleichzeitig betont die FDP die jahrhundertelange, wechselseitige Beeinflussung europäischer Kulturen, wodurch durchaus ein gemeinsames („*unser*“) „*buntes Kulturleben*“ entstanden sei. Dieses solle durch identitätsstiftende Maßnahmen wie die Verankerung der „*gemeinsamen europäischen Werte, die europäische Kultur und Geschichte*“ im Bildungsbereich allen Unionsbürger\*innen zugänglich gemacht werden.

Die **SPD** geht noch stärker von einer gemeinsamen „*europäischen Identität*“ aus, die durch die gemeinsame Kultur als Antrieb aktiv gefördert werden soll. Definitorisches Merkmal Europas ist für die SPD seine „*kulturelle Vielfalt*“, die z.B. durch Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte für die Unionsbürger\*innen „*spürbar, erlebbar und gestaltbar*“ gemacht werden soll.

Jenseits der angepriesenen europäischen Wertegemeinschaft, ist die **Union** bei der Verwendung eines europäischen Identitätsbegriffes zurückhaltender. Die vielfältige Gesellschaft in Europa wahrt ihren Zusammenhalt nicht nur durch die Förderung des „*kulturell Verbindende[n]*“, sondern vor allem durch die Achtung der „*kulturelle[n] Vielfalt der Regionen und Nationen*“. Ein zentraler Begriff für die Union ist „*Heimat*“: Diese sei für die Menschen identitätsstiftend und sicherheitsgebend und bilde gepaart mit „*Weltoffenheit*“ die Grundlage für „*unser freiheitliches Lebensgefühl*“. Geografisch verortet die Union diese Heimat auf regionaler Ebene und fordert daher eine institutionelle Stärkung der Kommunen.

Auch die **AfD** sieht den Mehrwert des „*kulturellen Reichtum Europas*“ in seiner „*Vielfalt und Unterschiedlichkeit*“. Sie unterstellt der EU eine „*Kulturpolitik*“ mit dem Ziel „*nationale[n] und regionale[n] Traditionen einer künstlich geschaffenen europäischen Einheitskultur unterzuordnen*“. Während sie die Vielfalt der „*Regionalkulturen*“ innerhalb der Mitgliedsstaaten positiv besetzt und als schützenswert erachtet, sei „*Multikulturalismus*“ eine „*Illusion*“.

Die **AfD** widmet als einzige Partei der Rolle ‚des Islams‘ in Europa ein eigenes Kapitel. Sie versichert Europa gegen eine drohende, demokratiegefährdende „*Islamisierung*“ zu verteidigen. Die Gefahr, dass Nichtmuslim\*innen bald eine Minderheit in Europa seien, sei „*durch die Einwanderung von Muslimen und ihre höhere Geburtenrate*“ begründet. Über die aktuell in der EU lebenden Muslim\*innen sagt die AfD, dass „*nur eine Minderheit der Muslime säkular eingestellt und gesellschaftlich voll integriert*“ sei. Eine Abwendung der „*Islamisierung Europas*“ soll durch einen Katalog an politischen Maßnahmen in supranationaler Zusammenarbeit erreicht werden.

Die **Linke** zeigt sich als Befürworterin einer „**Kulturbewegung DER VIELEN**“ und stellt sich entschieden gegen die „*Renationalisierung der Kultur*“. Muslim\*innen werden im Wahlprogramm der Linken nicht als Bedrohung, sondern als marginalisierte Gruppe und der Islam als selbstverständlicher Teil Europas definiert. DIE LINKE wendet sich bestimmt gegen antimuslimischen Rassismus als Merkmal und Mobilisierungstaktik der extremen Rechten.

**Bündnis 90/Die Grünen** sehen Europa als „*transnationalen Kulturkosmos*“, die Vielfalt Europas sei das Herzstück der „*europäische[n] Idee*“. In antimuslimischem Rassismus sehen die Grünen ein gefährliches Phänomen, das von rechtspopulistischer Seite befeuert, aber in der gesamten Gesellschaft verankert sei und dem man durch Solidarität mit muslimischen Mitmenschen begegnen müsse.



## IV. Gleiche Rechte leben: Antidiskriminierung und Teilhabe

### A. Antidiskriminierungspolitik in der gesellschaftspolitischen und digitalen Sphäre

#### Auf einen Blick

Das EU-weit verbindlich umzusetzende Antidiskriminierungsrecht ist ein Zeugnis gelungener europäischer Integration. Nichtsdestotrotz gibt es hierin immer noch Schutzlücken, die von einigen Parteien problematisiert werden. Andere Parteien lehnen Ansätze der EU-Antidiskriminierungspolitik ab oder sehen das Gleichbehandlungsversprechen als ausreichend gewährleistet.

Die **AfD** spricht sich implizit gegen Antidiskriminierungsmaßnahmen auf EU-Ebene aus, da diese zu „*gesellschaftlichen Verwerfungen und neuen Diskriminierungen*“ führen würden. Sie beanstandet eine durch die EU-Personenfreizügigkeit verursachte „*Inländerdiskriminierung*“ der Deutschen im Vergleich zu anderen Unionsbürger\*innen.

Die **Union** spricht sich zwar für den Gleichbehandlungsgrundsatz aus, formuliert aber keine neuen antidiskriminierungspolitischen Vorschläge.

**Alle anderen Parteien** sprechen sich explizit für eine Stärkung des Antidiskriminierungsgebotes aus. Die **SPD** und die **Grünen**, sowie implizit die **FDP**, fordern die Verabschiedung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie, die Schutzlücken bei Diskriminierung anhand des Alters, der sexuellen Identität, der Religion und der Behinderung außerhalb des Beschäftigungsbereiches schließen würde.

Die **FDP** möchte den Schutz vor gruppenbezogenem Hass und Diskriminierung in allen Bereichen, aber insbesondere zur Gewährleistung einer faktisch für alle geltenden Personenfreizügigkeit garantieren. Engagierte NGOs im Antidiskriminierungsbereich soll die EU umfangreicher fördern. Darüber hinaus fordert die FDP eine EU-weite Umsetzung des „*Diversity Managements in der Arbeitswelt*“.

**Bündnis 90/Die Grünen** sehen besonders im Beschäftigungsbereich noch antidiskriminierungspolitischen Handlungsbedarf und möchten entsprechende Maßnahmen ausbauen. Zudem soll die EU der Judikatur des Europäischen Gerichtshofs folgend „*Diskriminierung an von Religionsgemeinschaften und anderen Tendenzbetrieben angebotenen Arbeitsplätzen*“ verbieten (Bündnis 90/Die Grünen 2018: 76).

Die **Linkspartei** sieht ihren Einsatz gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als definitorisch für ihr Parteiverständnis. Sie möchte die Empfehlungen der Grundrechteagentur und der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) EU-weit implementieren. Die europäische Förderlandschaft für antidiskriminierungspolitische Initiativen müsse gestärkt werden.

In der digitalen Sphäre möchten **SPD** und **Grüne** gegen „*Diskriminierung durch algorithmische Entscheidungen*“ vorgehen (Bündnis 90/Die Grünen 2018: 162). Transparenz, Überprüfbarkeit und Regulierung müssten z.B. durch die Schaffung von Kontrollinstanzen verbessert werden. Die **FDP** spricht sich vage für einen „*diskriminierungsfreien Datenverkehr*“ aus.

## B. Demokratisierung der Demokratie: Politische Teilhabe, Kommunen und die Rolle der Zivilgesellschaft stärken

### Auf einen Blick

Während alle Parteien Politikvorschläge zur weiteren Demokratisierung der EU-Institutionen formulieren, gehen einige Parteien auch auf die Demokratisierung der Demokratie durch die Stärkung politischer Teilhabe sowie die Rolle der Kommunen und Zivilgesellschaft ein.

Union und AfD äußern sich nicht weiter zur demokratischen Bedeutung der Zivilgesellschaft. Die **AfD** sieht den Nationalstaat als zentralen Ort demokratischer Teilhabe und möchte Gesetzgebungskompetenzen entsprechend dorthin zurückverlagern. Die **Union** deklariert, dass EU-Politik immer bürgernah sein müsse.

Die **FDP** möchte Beteiligungs- und Mitspracherechte der Unionsbürger\*innen durch europapolitische „Bürgerdialoge, Hausparlamente und demokratische Konvente“ stärken. Zusätzlich soll ein „EU-Binnenmarkt für gemeinnützige Organisationen“ geschaffen werden, der grenzüberschreitendes zivilgesellschaftliches Engagement erleichtert. Auch die **Grünen** möchten grenzüberschreitende, zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit und Netzwerkbildung auf EU-Ebene fördern.

Sowohl die **SPD**, die **Linke** als auch **Bündnis 90/Die Grünen** möchten zivilgesellschaftliches Engagement als Fundament demokratischer Partizipation stärken. Alle drei Parteien sprechen sich daher für eine stärkere und gleichberechtigte Beteiligung der Zivilgesellschaft und Kommunen an europäischen Gesetzgebungsverfahren und der zukünftigen institutionellen Ausgestaltung der EU aus. Hierzu gehöre auch eine Aufstockung der Fördermittel für zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für die Umsetzung demokratischer und menschenrechtlicher Prinzipien einsetzen, finden die Linke und die Grünen. Für die **SPD** ist außerdem wichtig, dass sich die vielfältige Gesellschaft in der Zusammensetzung des EU-Parlaments widerspiegelt.

Die **SPD**, die **Linkspartei** und **Bündnis 90/Die Grünen** sehen Kommunen und Städte an der vordersten Front der Verteidigung und Ausgestaltung des universellen Menschenrechtsschutzes sowie in der Gestaltung der Teilhabe- und Willkommengesellschaft für Geflüchtete. Sie möchten daher mit der Einrichtung entsprechender EU-Fonds, die die Integrationsarbeit in den Kommunen stärken und insbesondere Anreize für aufnahmebereite Kommunen und Städte schaffen, einrichten. Sowohl die SPD als auch die Grünen fordern die Schaffung partizipativ-demokratischer Stellen, in der die kommunale Aufnahmepolitik unter menschenrechtlichen Standards gemeinschaftlich entwickelt wird.

Damit politische Beteiligung auch für alle zugänglich ist, fordern sowohl die Grünen als auch die Linke in unterschiedlichem Ausmaß eine Ausweitung des Wahlrechts. Den **Grünen** zufolge sollen EU-Bürger\*innen nach fünfjähriger Ansässigkeit bei den jeweiligen National- und Regionalwahlen teilnehmen können. Kommunale Wahlen sollen „auch Menschen ohne deutschen Pass oder Unionsbürger\*innenschaft“ eröffnet werden.

Die **Linke** geht über diese Forderung hinaus und möchte langfristig ansässigen Personen in der EU „das Wahlrecht auf allen Ebenen“ zusprechen. Darüber hinaus fordert sie die Chancen für Staatenlose, eine Staatsangehörigkeit zu erhalten, zu verbessern – denn nur so könnten Teilhabe ermöglicht und Diskriminierung verhindert werden.

## C. Für Empowerment – Gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

### Auf einen Blick

Einige der Parteien schlagen konkrete Strategien gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für das Empowerment marginalisierter Gruppen vor.

#### Antisemitismus

AfD, Union und FDP sprechen sich vage gegen Antisemitismus aus: Die **AfD** tut dies im Rahmen ihrer Konstruktion eines islambezogenen Bedrohungsszenarios. Die **Union** möchte eine erinnerungskulturelle Definition von Antisemitismus und „*einen europäischen Pakt gegen Antisemitismus*“ einführen. Die **FDP** spricht sich ebenfalls gegen Antisemitismus aus, formuliert konkrete Politikvorschläge aber vor allem zum Schutz vor Trans- und Homofeindlichkeit. Letzteres trifft auch auf die **SPD** zu, die sich nicht konkret zu Antisemitismus äußert.

**Bündnis 90/Die Grünen** und **DIE LINKE** formulieren die detailliertesten Pläne gegen Antisemitismus und andere zunehmend verbreitete Formen menschenfeindlicher Hetze.

Die **Linke** möchte eine stärkere bildungspolitische Auseinandersetzung mit dem Holocaust und heutigen antisemitischen Stereotypen sowie die Förderung interreligiöser Bildungsinitiativen und Netzwerke. Die **Grünen** sehen die Verantwortung für die Sicherheitsvorkehrungen an jüdische Glaubensorten bei den jeweiligen Mitgliedsstaaten, nicht bei den religiösen Communities selbst.

#### (Antimuslimischer) Rassismus

**Bündnis 90/Die Grünen** und die **Linke** solidarisieren sich entschieden mit Betroffenen von (antimuslimischem) Rassismus. Die EU solle Selbstermächtigungsstrategien aktiv fördern und eine verbesserte Ausstattung von Beratungs- und Antidiskriminierungsstellen gewährleisten, finden die Grünen. Die Linke fordert zudem kostenfreie Bildungsangebote zur Auseinandersetzung mit antimuslimischen Anfeindungen durch rechte Akteur\*innen und möchte weitere, nicht konkret benannte Vorschläge zur Gleichbehandlung von Muslim\*innen im Europaparlament einbringen.

#### Antiromaismus

Die **Grünen** befürworten EU-Initiativen zum Empowerment von Rom\*nja und Sinti\*ze sowie das konsequente Vorgehen gegen Verstöße ihres Gleichbehandlungsrechts in den EU-Mitgliedsstaaten durch die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren. Die **Linke** sieht die Rolle der EU kritischer und wirft ihr symbolische Bekenntnisse statt tatsächliche Sanktionsmaßnahmen bei antiromaistischer Diskriminierung sowie Verschlechterung der Lage der Betroffenen durch ihre „*neoliberale[n] Anpassungsprogramme*“ vor. Beide Parteien möchten konkrete Maßnahmen zur Förderung von Rom\*nja und Sinti\*ze langfristig sichern und in den Mitgliedsstaaten umsetzen.

#### Mehrdimensionale Ausgrenzung: Geflüchtete Frauen und LSBTI\*-Personen

Die **Linke** möchte die Teilhabechancen aller Geflüchteten z.B. durch ihre finanzielle Autonomie und Unterbringung in dezentralen Wohnungen statt Lagern verbessern. Die **SPD**, die Grünen und die Linkspartei sind sich einig, dass Europa für von Gewalt, Verfolgung, Menschenhandel und Ausbeutung betroffene Frauen und LSBTI\*Personen eine besondere Schutzpflicht habe, der Abschiebungen widersprechen. Betroffene bräuchten Rechtsberatung, angemessene Betreuung durch entsprechend ausgebildetes Personal sowie gesellschaftliche Teilhabe- und Bildungschancen, betont die Linke. Die **Grünen** möchten außerdem gegen systematische Ausbeutung von Migrant\*innen und Geflüchteten in bestimmten Beschäftigungsbereichen, wie der Landwirtschaft, in Europa vorgehen.

## V. (Gemeinsam) Migrationspolitisch gestalten?

### A. Europa als Einwanderungskontinent und Ort grenzüberschreitenden Arbeitens

#### Auf einen Blick

Migration ist ein zutiefst europäisches und mannigfaltiges Phänomen, das Europas Geschichte maßgeblich geprägt hat und dies weiter tut. Zuletzt wurde Migration in der politischen Debatte vor allem als krisenhaftes Phänomen oder als bedarfsorientierte Notwendigkeit diskutiert.

In diesem interpretativen Spannungsfeld befürworten alle Parteien bis auf die AfD eine gemeinsame Einwanderungspolitik auf EU-Ebene.

**Bündnis 90/Die Grünen** und die **Linkspartei** rahmen das Phänomen Migration dabei als menschheitsgeschichtlichen Normalfall, der sich positiv auf die Entwicklung Europas ausgewirkt hat. Die Grünen möchten Möglichkeiten der Arbeitsmigration für Personen unterschiedlicher Qualifikation schaffen. Aus einer bedarfsorientierten Perspektive sei Zuwanderung „in Zeiten des Fachkräftemangels und demografischen Wandels“ notwendig. Ein gesamteuropäischer, einwanderungspolitischer Rechtsrahmen soll sich am UN Global Compact for Migration orientieren.

In einer ähnlichen Argumentation wie die Grünen, sieht die **SPD** in der Schaffung legaler Migrationswege eine Chance „das Sterben auf dem Mittelmeer und auf anderen Fluchtrouten zu beenden“. Als politische Orientierungshilfe nennt sie die „deutsche[n] Regelung für eine vereinfachte Arbeitsmigration für den Westbalkan“. Darüber möchte die SPD nach dem Vorbild deutschen Rechts „ein europäisches Konzept gegen den Fachkräftemangel“ entwickeln.

Die **Linke** kritisiert die „[M]ächtigen“ in der EU für ihre „Politik von Abschottung, Ausbeutung, Krieg und Ausgrenzung“. In manichäischer Abgrenzung zu dieser Politik solidarisiere sie sich „mit Geflüchteten und Migrant\*innen“ und all denjenigen, die auch „gleiche Rechte, Bewegungsfreiheit und offene Grenzen“ fordern.

Die **FDP** möchte besonders hochqualifizierte Fachkräfte sowie Studierende aus Drittstaaten für die EU gewinnen. Mithilfe eines EU-weiten, „kriterienbasierten Punktesystems“ sollen Mitgliedsstaaten ihren Bedarf an und „nationale[n] Kontingente“ für Zuwanderung ermitteln. Ein „Spurwechsel“ für ehemalige Asylbewerber\*innen soll so ermöglicht werden. Zum Erwerb der geforderten Qualifikationen möchte die FDP eine „europäische[n] Fachkräfteagentur und europäische[n] Ausbildungszentren in Drittstaaten“ schaffen. Migrant\*innen könnten so nach erfolgreicher Absolvierung einer Ausbildung eventuell ein Arbeitsvisum bekommen.

Die FDP will so „illegale[r] Wirtschaftsmigration“ abwenden – dies ist auch wiederum das einzige Ziel, das die **Union** migrationspolitisch als Aufgabe der EU sieht. So möchte sie ein „effektive[s] Vorgehen gegen Schlepperbanden“ und den „Schutz der europäischen Außengrenzen“ durchsetzen. „[I]n europäischen Transitzentren“ an den EU-Außengrenzen soll eine Identifizierung und Registrierung ankommender Migrant\*innen stattfinden. Um Migrationsbewegungen vorhersehbar zu machen, soll es hierfür künftig ein „Frühwarnsystem“ geben.

Die **AfD** sieht in der Migrationspolitik der EU vor allem eine Bedrohung für die europäischen Kulturen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Gesundheit der Unionsbürger\*innen und die demografische Entwicklung in der EU. Würde weiter eine „Politik der Grenzöffnung“ zum Ausgleich der gesellschaftlichen Überalterung betrieben, könne es zu einer „Marginalisierung der einheimischen Bevölkerungen“ in Europa kommen. Sie möchte die „[n]ationale Souveränität in der Asyl- und Zuwanderungspolitik wiederherstellen“. Sie befürwortet lediglich eine strikt bedarfsorientierte Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte.

## B. Chancen einer sozialen Zuwanderung: Arbeitnehmer\*innenrechte stärken?

### Auf einen Blick

In der EU unterscheiden sich sozialrechtliche Standards zum Teil massiv, sodass die soziale Ausgestaltung der **Personenfreizügigkeit** ein weiteres, europapolitisch relevantes Handlungsfeld ist. Die Parteien debattieren aus verschiedenen Blickwinkeln, wie sich Migration und die Umsetzung sozialer Standards (wechselseitig) beeinflussen – sie lassen sich grob in zwei positionelle Gruppen einteilen, wobei sich die Union beiden Gruppen zuordnen lässt.

#### Die Sozialsysteme schützen: Bedingte Anspruchsberechtigungen auf Sozialleistungen

Alle Parteien außer die **FDP** definieren Sozial- und Lohndumping als Problem.

Die **FDP**, **AfD** und **Union** prangern in unterschiedlicher Stärke an, dass höhere Sozialstandards in einzelnen EU-Mitgliedsstaaten eine vermehrte Zuwanderung in diese Länder und damit verbundene, ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen zur Folge hätten.

Besonders in den Blick genommen wird das Kindergeld: Einerseits müsste „die Kindergeld-Zahlung an die Lebenshaltungskosten des Wohnsitzlandes des Kindes“ angepasst werden. Andererseits müssten Missbrauchsfälle bei der Kindergeldvergabe strikt unterbunden werden.

Die **FDP** verlangt zudem die Beendigung des Aufenthalts von Drittstaatsangehörigen, wenn sie nach dreimonatigem Aufenthalt „weder eine Erwerbsarbeit noch Vermögen oder eine andere Existenzgrundlage“ belegen können“.

Für die **AfD** ist „[d]ie unkontrollierte Massenzuwanderung von unzureichend qualifizierten Menschen“ eine Gefahr für sozialstaatliche Standards in Deutschland. Jedes Herkunftsland müsse sich für die Sozialversicherung seiner Staatsbürger\*innen selbst verantworten. Als Gruppe, die ungerechtfertigterweise „hierzulande Sonderrechte“ genieße, stellt die AfD türkische Staatsbürger\*innen heraus.

#### Grenzüberschreitend Arbeitnehmer\*innen schützen: Angleichung EU-weiter Sozialstandards

Die **Union**, die **SPD**, die **Linke** und die **Grünen** weisen ebenfalls sozialpolitische Schnittstellen auf. Sie befürworten unterschiedlich stark eine EU-weite Sicherung und Verbesserung des Arbeitsschutzes und eine Angleichung der Sozialstandards und begrüßen die geplante Europäische Arbeitsbehörde (ELA).

**SPD**, **Grüne** und **Linke** betonen insbesondere, dass mit der Schaffung der ELA Beratungsangebote für grenzüberschreitende Arbeitnehmer\*innen verbessert werden sollen.

Die **Grünen** und die Linkspartei wenden sich beide entschieden gegen das Vorhaben, die Regelungen zum Kindergeld wegen einzelner Missbrauchsfälle zu ändern bzw. die Sätze vom Wohnort der Kinder abhängig zu machen.

Die **Linke** kritisiert zuletzt, dass die „Kürzungs- und Privatisierungspolitik“ der EU die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt, ein soziales Miteinander und Integration entrissen hätte.

## VI. Europas Asylpolitik reformieren

### A. Gemeinsame Schutzpflicht oder Sicherheit durch Grenzschutz?

#### Auf einen Blick

Fluchtbewegungen haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen - Die Ankunft Schutzsuchender hat in der EU einen akuten asylpolitischen Handlungsbedarf aufgezeigt und die Frage nach Europas humanitärer Schutzpflicht in den Fokus politischer Debatten gestellt. Parteipolitisch konkurrieren gesamt-europäische Lösungsansätze mit nationalstaatlichen Alleingängen.

**Alle Parteien bis auf die AfD** sprechen sich für eine **Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)** und entsprechender finanzieller Stärkung an verschiedenen Stellen aus. Einigkeit besteht etwa über die Schaffung eines solidarischen Verteilungsmechanismus zur Reformierung der Dublin-Regelung. Alle Parteien möchten auf unterschiedliche Weise Schlepper\*innen bekämpfen.

#### Asyl als Menschenrecht und gesamteuropäischer Schutzauftrag

Die **Linke, Bündnis 90/Die Grünen** und die **SPD** bekräftigen die humanitäre Pflicht, Menschen in Seenot zu retten und richten sich gegen die Kriminalisierung zivilgesellschaftlicher Rettungsinitiativen. Die **Linke** möchte die Grenzschutzagentur FRONTEX **komplett** durch ein „**europäisches Seenotrettungsprogramm**“ **ersetzen**, die **Grünen** möchten ein solches Programm **zusätzlich zu FRONTEX** aufbauen. An den Grenzen möchten Letztere die Europäische Asylbehörde stärken und mit der Registrierung sowie Erstversorgung und -unterbringung der Schutzsuchenden beauftragen. **Grüne, FDP, SPD und Linke** möchten legale Zugangswege nach Europa schaffen und lehnen, mit Ausnahme der FDP, Drittstaatsabkommen ab. Die Linke möchte als einzige Partei, die Abschaffung der Dublin-Verordnung.

#### Asyl als sicherheitspolitisches Handlungsfeld und bedingte humanitäre Verpflichtung

Die **FDP** und **Union** sprechen sich beide für die Verhinderung von Sekundärmigration durch Schutzsuchende in der EU und als asylpolitische Regulierungsmaßnahme für die Prüfung von Asylanträgen in „*regionale[n] Aufnahmezentren in Nordafrika*“ oder „*europäische[n] Transitzentren*“ bzw. in „*humanitäre[n] Schutzzonen*“ außerhalb der EU aus. Beide fordern eine schnelle Bearbeitung von Asylanträgen mit ebenso schneller Integrationsförderung bzw. Rückführung durch eine ausgeweitete und finanzielle gestärkte Grenzschutzbehörde FRONTEX.

Die **FDP** möchte zudem einen „*Krisenmechanismus*“ zur Verteilung Schutzsuchender einführen, bei dem aufnahmewillige und sozioökonomisch belastbare Staaten in ihren Bedarfen durch die EU unterstützt werden. Die **Union** möchte zur Geringhaltung der Asylantragsmenge „*Fehlanreize*“ vermeiden sowie Geldleistungen für Asylbewerber\*innen europaweit „*auf ein Minimum beschränken*“.

#### Asyl als temporäres Gastrecht

Die **AfD** betrachtet das völkerrechtlich fundierte Asylrecht als nicht mehr zeitgemäß, da dieses nur zum Schutz kleiner Personengruppen, nicht aber bei ‚massenhaften‘ Fluchtbewegungen anwendbar sei. Stattdessen könne man „*tatsächlich Schutzbedürftige[n]*“ in „*Schutzzentren vor Ort*“ helfen. Die AfD richtet sich **gegen jegliche Vorhaben, das GEAS weiterzuentwickeln**, denn die EU-Asylpolitik sei gescheitert. Asylrechtliche Entscheidungen dürften zukünftig nur noch in den Nationalstaaten getroffen werden.

## B. Bleibe- und Rückkehrperspektiven: Komplementäre Schutzprogramme und Flüchtlingsmanagement

### Auf einen Blick

#### Teilhabe- und Bleibeperspektiven

Die **SPD, Bündnis 90/Die Grünen** und **DIE LINKE** möchten aufnahmebereite Kommunen und Städte durch die Einrichtung eines eigenen Fonds bei der Gestaltung einer teilhabeorientierten und nachhaltigen **Willkommenspolitik** finanziell und strukturell unterstützen.

**Union** und **AfD** machen keine konkreten Vorschläge zu **Integration und Teilhabe**, wobei die AfD jegliche teilhabe- und versorgungsorientierte Maßnahmen als Anreize betrachtet und sie deshalb ablehnt. Eine Online-Kampagne über einen Aufnahmestopp in Deutschland soll weitere Schutzsuchende abschrecken. Auch bei anerkanntem Schutzstatus dürfe es immer nur ein temporäres Bleiberecht geben, weswegen die AfD den sogenannten „**Spurwechsel**“ ablehnt. Dahingegen befürworten die **Grünen** einen Spurwechsel vom Asyl- ins Einwanderungssystem bei vorhandener Beschäftigung in Europa.

**Die FDP** möchte anerkannten Geflüchteten einen schnellen Arbeitsmarktzugang ermöglichen und sie zu Integrationskursen mit Sprach- und Wertevermittlung verpflichten, um dem Entstehen von „*Parallelgesellschaften*“ entgegenzuwirken.

Die **Linke** fordert eine „*Legalisierungsinitiative und effektive Bleiberechtsregelungen für alle Menschen*“. Sie plant außerdem „ein verbindliches Recht auf Familiennachzug“.

#### Komplementäre Schutzprogramme und anerkannte Fluchtgründe

Die **Union** äußert sich nicht zu komplementären Schutzprogrammen. Die **FDP**, die **Grünen**, die **SPD** und die **Linke** befürworten die europäisch geregelte Vergabe **humanitärer Visa als komplementären Schutz** für besonders vulnerable Personengruppen. **SPD, Bündnis 90/Die Grünen** und die **Linke** möchten zudem, dass sich die EU noch stärker an dem **Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR)** beteiligt. Die Linken und die Grünen möchten Personen, die infolge der Klimakrise flüchten müssen, Schutz in Europa bieten.

Die **AfD** spricht sich vehement gegen die Vergabe von Resettlement-Plätzen aus und fordert stattdessen „*Remigrations-Programme*“, die auf die Überführung abgelehnter Asylbewerber\*innen an Drittstaaten bis zur Abschiebung in ihre Heimatländer abzielen. Eine freiwillige Aufnahme von Asylbewerber\*innen mit anderen Ersteinreisländern will sie beenden.

#### Gestaltung einer europäischen Rückführungspolitik

Die **Union** und **FDP** möchten die Rückführung nach Ablehnung im Asylverfahren durch die Benennung sicherer Herkunftsländer beschleunigen. Die FDP möchte den Herkunftsländern bei Unterstützung der Rückführung Gegenleistungen anbieten und entsprechende Abkommen schließen.

Die **FDP**, die **Grünen** und die **SPD** wollen besonders eine Rückkehrpolitik auf freiwilliger Basis stärken. Die **SPD** und die **Grünen** setzen hierbei auf (finanzielle) Unterstützung nach Rückkehr ins Herkunftsland und richten sich gegen Abschiebungen in Länder mit menschenrechtsunwürdigen Lebensbedingungen. Die **Grünen** wollen darüber hinaus bessere Beratungsangebote für Ausreisepflichtige.

Die **Linke** lehnt jede Form der Rückführung und Abschiebung ab.

Die **AfD** will eine schnellstmögliche und konsequente Rückführungspolitik, die von der EU im Austausch mit den Herkunftsländern operativ unterstützt werden soll.

## C. Entwicklungszusammenarbeit als „Fluchtursachenbekämpfung“ bzw. Fluchtmanagement

### Auf einen Blick

In Hinblick auf die global massiv angestiegenen Fluchtbewegungen, ist ein weiterer Streitpunkt zwischen den Parteien die Frage nach den komplexen und vielfältigen Fluchtursachen und wie diese am effektivsten und nachhaltigsten „bekämpft“ werden können. Dies wird zunehmend mit sicherheits- und migrationspolitischen Zielen vermergt.

Die **Union** richtet ihre Entwicklungspolitik vor allem auf Gebiete, aus denen ein Großteil der Schutzsuchenden nach Europa flieht, aus. Sowohl bei der Union als auch bei der **FDP** werden „Fluchtursachenbekämpfung“ und Entwicklungspolitik als Perspektivschaffungsmechanismen fast miteinander gleichgesetzt und Teil eines breiteren Migrationsmanagements. Die FDP macht sich in Abgrenzung zur deutschen Bundesregierung besonders für eine auf europäische Interessen ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit stark und fordert eine Koordinierung der „*Instrumente der Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits-, Handels- und Wirtschaftspolitik*“.

Die **AfD** sieht die entwicklungspolitische Mittelvergabe noch stärker als reines, migrationspolitisches Steuerungsinstrument: Sie möchte diese nur Ländern zuweisen, die zur Rücknahme abgelehnter Asylbewerber\*innen bereit sind und zudem nicht zum Entstehen von Fluchtursachen beitragen. Entwicklungspolitische Maßnahmen sollen die Lage in Herkunftsländern stabilisieren, um die Rückkehr von Geflüchteten in diese Gebiete zu beschleunigen. Die AfD beschuldigt zudem die EU, durch ihre Aufnahme Geflüchteter, den Herkunftsländern leistungsfähige Stabilisierungshelfer\*innen zu nehmen, sodass „*Massenzuwanderung selbst eine [zu bekämpfende] Fluchtursache*“ sei.

**Linke, Grüne** und **SPD** kritisieren fast wortgleich, dass Europa statt Fluchtursachen Geflüchtete bekämpfe. Alle drei Parteien lehnen außerdem eine Umwidmung entwicklungspolitischer Gelder für sicherheitspolitische und militaristische Zwecke oder zur Steuerung von Migrations- und Fluchtbewegungen ab.

Zur „Fluchtursachenbekämpfung“ setzt die **SPD** auf Demokratisierungsimpulse aus Europa, die in den jeweiligen Partnerländern bei der Entwicklung lokaler Lösungsstrategien helfen sollen.

**Bündnis 90/Die Grünen** und **die Linke** betonen insbesondere eine historisch durch den Kolonialismus bedingte Verantwortungsrolle Europas, welche zum entwicklungspolitischen Ausgleich von Reichtums- und Machtgefällen, insbesondere in Afrika, verpflichte.

Die **Linkspartei** übt die schärfste Kritik an Europas sicherheitspolitisch ausgerichteter Entwicklungspolitik und macht die EU als Wirtschaftsmacht, Waffenexporteurin und politische Institution primär für die Verursachung von Fluchtgründen verantwortlich.

Als entwicklungspolitischen Gegenentwurf, der die Bedarfe in den Herkunftsländern in den Mittelpunkt stelle, fordert die Linke die EU zur Schließung der „*Finanzierungslücke des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR), des Welternährungsprogramms und der Weltgesundheitsorganisation*“ auf. Ein weiterer Schritt sei, die Klimakrise tatsächlich anzugehen und „*ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme der EU*“ zu stärken.



## VII. Literatur: Die Wahlprogramme zum Nachlesen

Alternative für Deutschland (2019): Europawahlprogramm. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019. Verfügbar unter: <https://www.afd.de/europawahl-programm/>

Bündnis 90/Die Grünen (2018): Europas Versprechen erneuern. Europawahlprogramm 2019. Verfügbar unter: <https://www.gruene.de/europawahl>

Christlich Demokratische Union Deutschlands/Christlich-Soziale Union in Bayern (2019): Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand. Gemeinsames Europawahlprogramm von CDU und CSU. Verfügbar unter: <https://www.cdu.de/europa>

DIE LINKE (2019): Europa nur solidarisch. Europawahl 2019 Wahlprogramm. Verfügbar unter: <https://www.die-linke.de/europawahl/wahlprogramm/>

Freie Demokratische Partei (2019): BESCHLUSS des Europaparteitages der FDP, Berlin, 27. Januar 2019. Europas Chancen nutzen –Das Programm der Freien Demokraten zur Europawahl 2019. Verfügbar unter: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/02/26/2019-01-27-bpt-europas-chancen-nutzen-das-programm-der-freien-demokraten-zur-europawahl-2019.pdf>

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (2019): Kommt zusammen und macht Europa stark! Wahlprogramm für die Europawahl am 26. Mai 2019. Verfügbar unter: <https://www.spd.de/europa-ist-die-antwort/unsere-ziele/unsere-europaprogramm/>

## VIII. Impressum

Herausgeber:	Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat e.V., Brunnenstr. 181, 10119 Berlin
Redaktion:	Clara Hofmann Dr. Deniz Nergiz
Fachkontakt:	Dr. Deniz Nergiz, <a href="mailto:office@bzi-bundesintegrationsrat.de">office@bzi-bundesintegrationsrat.de</a>
Erscheinungsdatum	17.05.2019
Lizenz:	Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Fördermitglieder des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats e.V. wider.

Weitere Publikationen zum Downloaden finden Sie unter <https://www.bzi-bundesintegrationsrat.de/> sowie auch unter <https://heimatkunde.boell.de/>.

